

# Neues Kapitel im Streit um die Linie 4

Wählergemeinschaft wartet gespannt auf Verhandlungsergebnis vor dem Bremer Oberverwaltungsgericht

VON KLAUS GÖCKERITZ

**Lilienthal. 14 Lilienthaler Bürger wollen das Projekt Straßenbahnlinie 4 von Borgfeld bis zum Falkenberger Kreuz zu Fall bringen. Ihre Klagen werden in der kommenden Woche vor dem Oberverwaltungsgericht Bremen verhandelt. Auf das Ergebnis warten auch die Mitglieder der neu gegründeten Lilienthaler Wählergemeinschaft gespannt.**

Ob das gesamte Projekt kippt, vermögen deren Sprecher nicht einzuschätzen. Möglich sei aber, dass es Auflagen und Einschränkungen zur bisherigen Planung gibt, stellen Gert Vogels und Frank Biesalski im Redaktionsgespräch fest. Sollten die Richter im Interesse der Anwohner und Geschäftsleute an der Hauptstraße entscheiden, müssten zumindest eine geplante Einbahnstraßenregelung im vorderen Bereich und vorgesehene Hochborde zur Disposition stehen, vermuten die Sprecher.

Brisanz erwartet die Wählergemeinschaft insbesondere im Streit um die Fahrgastentwicklung. Die von der Gemeinde publizierten Zahlen seien geschönt, sagen Vogels und Biesalski und beziehen sich auf anderslautende Berechnungen des Verkehrsexperten Jürgen Deiters, die dieser im Auftrag der Initiative Pro Lilienthal erstellt hatte. Sollte das Gericht dessen Ausführungen folgen und der volkswirtschaftliche Nutzen der Straßenbahn unter einen bestimmten Quotienten fallen, entstünde eine völlig neue Situation, vermutet die

Wählergemeinschaft. Die straßenbahnkritische Gruppe, die auf ihrem Briefbogen das Logo „Offen und ehrlich Zukunft gestalten“ trägt, bekräftigt in diesem Zusammenhang ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegen das Projekt. Demnach sei bis heute unklar, ob die Bahn 55, 70 oder 75 Millionen Euro kosten wird, wovon die Gemeinde zehn Prozent schultern müsste.

Ebenso unklar sei, ob die jährlichen Folgekosten 300 000 Euro oder das Vierfache davon betragen werden. Die Wählergemeinschaft wirft Mitgliedern des Gemeinderats Wankelmut vor. Jahrelang hätten SPD, CDU und Grüne betont, dass sich Lilienthal mit maximal 4,1 Millionen Euro an den Investitionskosten und nicht mehr als 270 000 Euro an den Folgekosten beteiligen würde. Zur Ratssitzung im Mai 2009 hätten die Fraktionen und der Bürgermeister ihre Meinung hierzu geändert und sich über die Gründe ausgeschwiegen, beklagt Gert Vogels.

Die Wählergemeinschaft bekräftigt ihre Kritik am Landtagsabgeordneten Axel Miesner (CDU), der seine ehemals ablehnende Meinung zur Straßenbahn geändert habe, weist auf Äußerungen des Bremer Senators Reinhard Loske hin, der die Gemeinde Lilienthal erpresst habe und nimmt auch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff in den Fokus. Der Landesvater habe sich auf einer CDU-Veranstaltung im Mai 2009 in Grasberg massiv für den Bau der Linie 4 ausgesprochen und damit gegen das föderalistische Demokratieverständnis verstoßen.



Frank Biesalski (links) und Gert Vogels sehen beim Bau der Straßenbahnlinie 4 noch Spielraum. Sie weisen auf die Klagen von 14 Bürgern beim Oberverwaltungsgericht hin. KLG-FOTO: GÖCKERITZ